

Sehr geehrte Wiesbadenerinnen und Wiesbadener,

Coronafolgen, Ukrainekrieg, Energiekrise, Inflation und aufkommende Rezession.

Es scheint müßig, sich in einer Zeit in der Kommunalpolitik zu engagieren, in der die Folgen jahrzehntelanger politischer Fehlentscheidungen auf EU- und Bundesebene sich zum Multiorganversagen verdichten. Aber viele Folgen politischer Entscheidungen auf übergeordneten Ebenen zeigen sich zuerst lokal, also in der Kommune. Dort muss mit diesen Folgen umgegangen werden, dort müssen Lösungen gefunden werden. Denken Sie an die sich verschlechternde Sicherheit im öffentlichen Raum oder an die notwendige Vorsorge für einen großen Stromausfall.

Die Standpunkte der AfD haben sich an vielen Stellen als richtig erwiesen, ob bei der Ostfeld-Planung, den E-Bussen, der Waffenverbotszone, den Finanzen und der AWO, um nur einige Beispiele zu nennen.

Mit unserem fünften „Bericht aus dem Rathaus“ geben wir Ihnen wieder einige Einblicke in unsere Arbeit in der Stadtverordnetenversammlung im vergangenen Jahr. Einer der Schwerpunkte war die Verkehrspolitik. Die grünen Träume von einer autofreien Innenstadt sind realitätsfern und werden in allen Umfragen von den Bürgern abgelehnt. Wer so etwas anstrebt, kann nicht für sich reklamieren, im Sinne der Bürger zu handeln.

Die AfD mahnt als Oppositionsfaktion im Rathaus immer wieder, den Bürgerwillen ernst zu nehmen und die begrenzten Ressourcen der Stadt vernünftig einzusetzen, denn wir haben auch in Wiesbaden drängendere Sorgen als Gendersternchen, Frauenquote und Lastenfahrräder.

Mit freundlichen Grüßen,

Dr. Eckhard Müller
Fraktionsvorsitzender



E-Autos kaufen aber Strom sparen?

Die erzwungene Verkehrswende

- Ein Umerziehungsversuch am erwachsenen Bürger -

Parkraummanagementkonzept, DIGI-V, E-Hub, Tempo-30-Zone, Pfortnerampel. Was sich für den unbedarften Bürger wie ein Flickenteppich unzusammenhängender Maßnahmen mit nebulösen Begegnlichkeiten anhört, geschieht tatsächlich weder zufällig noch planlos.

Hinter wohlklingenden Umschreibungen wie einer „gerechteren Aufteilung des öffentlichen Raums“ verbirgt sich in Wahrheit ein kompromissloser Kampf gegen das Auto, dem nach wie vor beliebtesten Verkehrsmittel der Bürger. Der ÖPNV ist in vielen Fällen eine schlechte Alternative.



Jahrzehntelang ging die Verkehrspolitik vom tatsächlichen Bedarf der Bürger aus. Die wissen schließlich selbst am besten, wie und womit sie am schnellsten und kostengünstigsten von A nach B kommen. Seit die Grünen vielerorts mitregieren, gelten in der Verkehrspolitik neue Prämissen: Allen voran die Klimarettung. Diese Abkehr von Pragmatismus und Marktwirtschaft hat auf vielen Feldern in eine Sackgasse oder in unlösbare Widersprüche geführt. Ein paar Beispiele.

Stadt voller E-Autos ist Utopie

Die kopflose Energiewendepolitik hat Energie in Deutschland zu einem existenzgefährdend teuren und mittlerweile auch sehr knappen Gut gemacht. Das hat zu dem Paradox geführt, dass die Bürger einerseits E-Autos kaufen und andererseits Strom sparen sollen. E-Mobilität wird als angeblich klimafreundliche Mobilität in jeder Weise gefördert, weshalb beispielsweise die chaotischen Zustände bei den E-Tretrollern auch in Wiesbaden schon viel zu lange geduldet werden. Die AfD-Faktion hat hier mehrfach ein Durch-

greifen angemahnt und entsprechende Anträge gestellt.

Wiesbaden wollte bei der Umstellung des ÖPNV von Dieselbussen auf E-Busse ganz vorne mit dabei sein. Die Sache ging gründlich schief. Die Busse konnten in der benötigten Stückzahl gar nicht geliefert werden und die Kosten haben ESWE-Verkehr tief in die roten Zahlen getrieben. Auch hier hatte die AfD vor einer übereilten Festlegung auf eine unausgereifte Technologie gewarnt.

Künstliche Parkraumverknappung

Nach und nach verschwindet kostenfreier Parkraum aus der Stadt. Mit der Neugestaltung des Elsässer Platzes beispielsweise fallen auf einen Schlag offizielle 375 gebührenfreie PKW-Parkplätze weg, wobei auf dem Platz tatsächlich bis zu 548 geparkte Autos gezählt wurden. Wie durch eine Anfrage der AfD-Faktion bekannt wurde, sind in dem geplanten Parkhaus



für Anlieger nur noch gebührenpflichtige Stellplätze vorgesehen, die darüber hinaus den Bedarf zahlenmäßig nicht einmal ansatzweise abdecken.

Nach diesem Muster wurden und werden an vielen Stellen in der Stadt Parkplätze im öffentlichen Raum weggestrichen, verteuft oder mit Nutzungseinschränkungen versehen. Gleichzeitig beklagt man das Aussterben der Innenstadt. Wer die ganze Palette der geplanten Zumutungen nachlesen möchte, kann dies im sogenannten „Parkraummanagementkonzept“ der Stadt tun.

DIGI-V – digital ausgebremst

Für das neue Verkehrsleitsystem DIGI-V wurden Millionen ausgegeben. Angeblich, um den Verkehrsfluss besser zu regeln. Wenn aber Fußgänger, Radfahrer, ÖPNV und motorisierter Verkehr gleichrangig behandelt werden, wie es die grüne Verkehrsdoctrin vorsieht, dann steht der Autofahrer in der Folge länger an der Ampel und im Stau als vorher. Der Nutzen für das Klima dürfte Null sein. Auch hier geht es allein um die Verdrängung des Autos.

Flächendeckend Tempo 30 ist Schikane

Am liebsten möchte das links-grüne Rathausbündnis flächendeckend Tempo 30 in der Landeshauptstadt einführen. Ein entsprechender Beschluss wurde von der Kooperation in der Stadtverordnetenversammlung auch durchgedrückt, wohl wissend, dass er rechtlich keinen Bestand haben würde, weil die Stadtverordnetenversammlung für Geschwindigkeitsregelungen auf Durchgangsstraßen nicht zuständig ist.



Das brachte Oberbürgermeister Mende (SPD) in die peinliche Lage, dem Beschluss seiner eigenen Parteigenossen widersprechen zu müssen.

Marktverzerrung durch Subventionen

Wo die Lenkungswirkung über Verknappung und Verdrängung allein nicht greift, wird die freie Auswahl des Verkehrsmittels über den massiven Einsatz von Subventionen ausgehebelt, die eine untragbare finanzielle Hypothek auf die Zukunft darstellen. Das beginnt bei der Bezuschussung für Lastenfahrräder und endet beim 9-Euro-Ticket. Die Folgen solcher Maßnahmen sind langfristig Verschuldung und Inflation.

Vernunft statt Ideologie

In der Verkehrswende wie in der Energiewende offenbart sich die ganze Hybris einer Politik, die glaubt, sie könne selbst mathematische Gewissheiten der Fiktion einer „Klimarettung“ unterordnen. Die Zeche für diesen Irrweg zahlt der Bürger.

Die AfD-Faktion steht für eine grundsätzlich andere Politik mit Vernunft, Augenmaß und Pragmatismus. Oder, um es mit den Worten von Franz-Josef Strauß zu sagen, wir bleiben auf dem Boden trockener, spröder, notfalls langweiliger bürgerlicher Vernunft und ihrer Tugenden. Auch in der Verkehrspolitik.